

Mia Lindemann, Asylarbeitskreis und Seebrücke
Rede zum Antikriegstag 1.9.2021, Heidelberg

„Ich fühle mich enttäuscht, verloren, einsam. Ich fühle mich, als wäre ich nicht mehr Teil dieser Welt.“

Das hat die 29jährige afghanische Parlamentsabgeordnete Farzana Kochai in einem Interview, das am 30.8. in der FR veröffentlicht wurde, gesagt. Sie erzählte, dass sie Anrufe von Taliban bekommt, die ihr vorschlagen, nette Dinge über sie zu sagen und andere Talibankämpfer vor ihrer Tür stehen und ihr „anbieten“, wenn sie sich als gute Person verhalte und schweige, werde ihr nichts passieren. Sie hat Todesangst. Sie versucht, ihre parlamentarische Arbeit fortzusetzen. Mutig trifft sie sich mit anderen Abgeordneten und führt Gespräche in ihrem Wahlkreis. Wie lange noch? Wie wird es den Tausenden von Frauen ergehen, die Mandate und Ämter erkämpft haben, die zivilgesellschaftlich sich für Frauenrechte engagiert oder in Beratungszentren gearbeitet haben? Die Verdrängung der Frauen aus ihren Arbeitsstellen ist trotz gegenteiliger Versicherungen der Taliban zu befürchten. Wie wird es weiter für die Frauen mit der Möglichkeit aussehen, Schulen und Universitäten zu besuchen? Aus Masar – i Sharif wurde bereits von einem Massaker an Frauenrechtler:innen berichtet.

Ein anderes Massaker, von dem in diesen Tagen berichtet wird, begingen Taliban-Kämpfer an Männern der Hazara, einer ethnischen Minderheit, die von den Taliban besonders bekämpft wird. Die Verfolgung und Ermordung von Hazara ist nicht neu, sie ist jahrhundertealt.

Ich möchte noch ein konkretes Beispiel vor Augen führen:

Hier in Heidelberg lebt eine junge afghanische Frau mit ihren 3 kleinen Söhnen. Sie wurde mit ihrem Mann, der Übersetzer bei der Bundeswehr in Kundus war, 2014 nach Deutschland ausgeflogen, ebenso wie auch ihr älterer Bruder, der heute in Berlin lebt. Auch er Übersetzer bei der Bundeswehr. Die Taliban terrorisierten die gesamte Familie, die übrigens auch noch den Hazara angehört. Telefonisch teilten die Taliban mit, sie wüssten, wie die einzelnen Familienmitglieder aussähen, welche Kleidungsstücke sie an hätten, wo sie schliefen. Wenn ihre Zeit gekommen sei, würden sie sie alle töten. Denn sie seien keine richtigen Muslime, weil sie für die Deutschen arbeiteten. Andere wieder verlangten die Auslieferung der jüngeren Töchter zwecks Verheiratung mit Taliban-Kämpfern.

Nach deutschem Recht, nach den Regeln über den Familiennachzug, konnten die Geschwister, die hier in Deutschland leben, den Rest ihrer Familie, Eltern

und Geschwister, nicht nachholen. Ihre Familie versuchte zu fliehen, wurde aber an der türkischen Grenze von der iranischen Polizei nach Afghanistan zurückgebracht. Das war vor 2 Jahren.

Jetzt gelang es ihnen gerade noch vor der Einnahme von Kundus durch die Taliban nach Kabul zu fliehen und sich zu verstecken. Jetzt begann der Versuch, auf die begehrten Listenplätze zu kommen, Zusagen zu erhalten für die Aufnahme in Deutschland. Ein Schwiegersohn hat von 2002-2009 für die KfW gearbeitet. Dort ist er denjenigen, die damals in Afghanistan arbeiteten, in guter Erinnerung. Wird er mit Frau und 4 Kindern evakuiert? Nein, natürlich nicht. Das Stichjahr für die Evakuierung ist 2013. Alle, die vorher als Ortskräfte gearbeitet haben, sind chancenlos, ihre Familien, Frauen und Kinder ebenso.

Was ist mit den Eltern und jüngeren Geschwistern, die noch in der Schule waren oder kurz vor der Ausbildung standen oder auch schon einen Beruf hatten? Wie gesagt: Familiennachzug funktioniert nicht, ist nur für die eigene Kernfamilie möglich und die Beantragung und Durchführung ist so restriktiv gestaltet, dass es so oder so kaum gelingen würde.

Also: sie zittern in ihrem Versteck vor den Taliban, die von Haus zu Haus gehen und fragen, für welchen Arbeitgeber man gearbeitet hat. Wir schreiben e-mails, telefonieren, um sie auf irgendwelche Listen zu bekommen. Aussichtslos. Schöne Worte habe ich gehört: Wer für uns gearbeitet hat, den müssen wir hier aufnehmen. Oder: Wir nehmen alle mit (Kramp-Karrenbauer)! Oder: Bis zu 40.000 Menschen müsste die Bundesrepublik aufnehmen (Merkel, 31.8.), um der Verantwortung für die Ortskräfte gerecht zu werden.

Aber links blinken und rechts abbiegen ist schon seit 2015 eine Lieblingsinszenierung der Bundeskanzlerin. Oder wie kann es zu solchen Widersprüchen kommen zwischen Worten und Taten?

Wir haben es nun häufig genug gehört, wie lange und wie oft die Bundesregierung gewarnt und darauf hingewiesen wurde, dass die Ortskräfte mit ihren Familien schnell gerettet werden müssten. Das Patenschaftsnetzwerk von Markus Grotian sorgte für Unterschlupf, save houses in Kabul, nicht die deutsche Botschaft. Als die Frage entstand, wie denn nach der Einnahme von Kabul die Schutzbedürftigen zum Flughafen kommen, boten kleinere Länder wie z.B. Dänemark ihre eigenen erfolgreichen logistischen Wege an. Aber die bundesrepublikanischen Behörden versagten auf der ganzen Linie. Wenn wir diesem Versagen nachgehen, erfahren wir, dass die Bundesregierung an der Rettung der Menschen nicht interessiert war. Auf europäischer Ebene wurde

die Aufnahme von Ortskräften diskutiert, die übliche leidige Frage der Verteilung, – und, man höre und staune, Deutschland bot Plätze für 50-60 Ortskräfte an!

Während auf der einen Seite die Rettungsaktivitäten - z.B. auf der homepage des Außenministeriums – als glänzend dargestellt wurden, sprach man auf der anderen Seite nur noch darüber, dass man die Nachbarstaaten stärken wolle, damit sie die Geflüchteten dort aufnehmen und integrierten!

Deshalb vollführten die deutschen Behörden einen erfolgreichen Widerstand gegen die Vergabe von Visa an afghanische Schutzsuchende. Deshalb die bürokratischen Vorgaben, wie dass die afghanischen Ortskräfte nicht nur aktuell eine Gefährdungsanzeige schreiben sollten, sondern auch noch vorweisen sollten, dass sie bereits in der Vergangenheit eine geschrieben hätten, die zurückgewiesen worden sei. Das Ganze war - wie der „Spiegel“ schrieb – systematische Verantwortungsverweigerung.

Jetzt liegt es offen zu Tage: „Nicht noch einmal 2015“ ist die Devise, keine illegale Migration, Festung Europa.

Dabei liegt es doch bei ihnen, anstatt Geflüchtete zu illegalisieren, ihnen sichere Fluchtwege zu ermöglichen durch Relocation, durch Kontingente, durch Beteiligung am resettlement-Programm. Kanada hat sofort eine Zusage für 20.000 Schutzbedürftige gemacht. Auch andere Länder haben Kontingent – Plätze zugesagt. Deutschland nicht.

Das ist bedrückend, das ist bitter. Farzana Kochai, von der ich anfangs sprach, setzt auf internationale Solidarität. Wir dürfen sie nicht enttäuschen!

Wir müssen verlangen, dass alle Schutzbedürftigen, die nach Deutschland kommen wollen, auch hierher kommen können. Die restriktiven Aufnahmeregeln, vor allem die zeitliche Begrenzung auf Ortskräfte, die seit 2013 für deutsche Organisationen gearbeitet haben, müssen fallen. Großzügig muss auch die Aufnahme von Familienangehörigen gestaltet werden.

Unsere Unterstützung für die Menschen, die in Afghanistan bleiben und dort für Menschenrechte kämpfen, muss weitergehen, und die afghanische Bevölkerung braucht Unterstützung durch Hilfsprogramme. Die Rolle der UNO sollte verstärkt werden.

Der wahre Hintergrund für die ganze Katastrophe ist die lange Geschichte der kolonialen Unterdrückung Afghanistans, die militärischen Okkupationen, die britische im 19. Jahrhundert, die sowjetische in den 1980ern bis hin zur letzten

durch die NATO. Noch deutlicher konnte man nicht sehen, dass Krieg keine Lösung ist, nie. Natürlich verfügen die reichen Länder auch über ganz andere Möglichkeiten, arme Länder in Abhängigkeit zu halten, ihnen Bedingungen zu diktieren. Schlimm genug. Warum musste Afghanistan besetzt werden? Offensichtlich sollte die militärische Präsenz dort auch öffentlichkeitswirksam die Einflussphäre der westlichen Staaten demonstrieren. Der Krieg gegen den Terror und die Verteidigung der westlichen Werte am Hindukusch waren Erzählungen, die den je eigenen Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Gegnern die Stärke ihrer Staaten vor Augen führen sollten.

Das soll nicht heißen, dass nicht die Menschen, die dort vor Ort gearbeitet haben, gute Absichten hatten. Aber ihre Rolle war die der Kolonialmacht.

Viel zu spät hat man erkannt, dass man mit den Taliban reden muss. Diplomatie einerseits, zivilgesellschaftlicher Druck und Hilfsbereitschaft andererseits scheinen mir das Einzige zu sein, das uns zu tun übrig bleibt.

Eine symbolische Aktion in nächster Zeit lege ich Euch und Ihnen ans Herz: Am Samstag, den 18.9. nehmen wir in Heidelberg teil an der internationalen Rettungskette für Menschenrechte – einer ideellen Rettungskette von der Nordsee bis an's Mittelmeer.

Wenn Sie sich beteiligen wollen, kommen Sie um 11 Uhr entweder zum Thaddenplatz in Wieblingen, zur Schwanenteichanlage oder zur Christuskirche oder zum Rathausplatz in Rohrbach. Wir bilden eine Menschenkette und wir haben ein kulturelles und politisch-informatives Programm.

Die konkreten Rettungsaktionen für schutzsuchende Afghan:innen sind noch lange nicht abgeschlossen. Kämpfen Sie gegen die deutsche und europäische Abschottungspolitik, gegen die engherzigen, kleinlichen Restriktionen bei der Aufnahme von Geflüchteten, geben Sie am 26.9. nur denen eine Stimme, die diese Forderungen unterstützen. Sie haben am Vorabend der Rettungskette, am Freitag, den 17.9., 20 Uhr, die Möglichkeit an einer Veranstaltung mit den Heidelberger Bundestagskandidat:innen zum Thema Asylpolitik und Menschenrechte teilzunehmen.